

Die schamlose Komödie des „Krisenkongresses“

Das neue Verbrechen der Gewerkschaftsführer — Die Rolle des „Krisenkongresses“ — Rüstet in den Betrieben zum Streit!

Thälmann, der Kandidat des Kampfes gegen Lohnabbau

Wie konnten schon vor einigen Tagen berichtet, daß der „Krisenkongress“ nunmehr am 13. April stattfindet. Gestern veröffentlicht der „Vorwärts“ auch die Tagesordnung des Kongresses, und zwar soll sie aus einem einzigen Punkt bestehen: „Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung“. Zugleich bestätigt der „Vorwärts“ unsere gestrige Meldung über eine Konferenz im Reichsministerium, die am 12. April stattfindet. Diese Konferenz der Schlichter, Unternehmervertreter und Gewerkschaftsführer wird sich mit der Durchführung des geplanten Lohnabbaues beschäftigen.

Bisher sind nach den Angaben des RGO, Lohnverträge für 2,8 Millionen, Manteltarifverträge für 3,6 Millionen Arbeiter und Angestellte gekündigt worden. Diese Tarifverträge sind zum 30. April gekündigt, weitere Tarifverträge werden zum 31. Mai gekündigt sein. Im April und Mai stehen also 6 bis 7 Millionen Arbeiter und Angestellte in Tarifbewegungen.

Es geht diesmal um einen direkten Lohnabbau und um eine faktische Zerschlagung des Tarifrechts, dadurch, daß einzelnen Betrieben ermöglicht wird, untertari, tische Löhne zu zahlen.

Die Gewerkschaftsführer haben schon wieder den Dreh gefunden, um die Arbeiterchaft einzuspielen. Der „Deutsche“, das Organ der Christlichen Gewerkschaften, bringt in seiner Freitagausgabe eine Betrachtung über die Tarifvertragsabläufe, in der er zwar heftig „protestiert“, zugleich aber den Lip für die Gewerkschaftsbürokratie gibt. Der „Deutsche“ sagt, wenn die Löhne nochmals abgehaut werden, so wird der „Kampf“ für Senkung der Preise aufgenommen werden. Was das bedeutet, weiß die deutsche Arbeiterchaft ganz genau. Beachtet man, daß die christlichen Gewerkschaftsführer für die gesamte Gewerkschaftsbürokratie tonangebend sind — dank ihrer Verbindungen mit Stegerwald und Brüning —, so weiß man, wie die Gewerkschaftsbürokratie das neue Verbrechen gegen die deutsche Arbeiterchaft abermals hemänteln will.

Der „Vorwärts“ von gestern bringt eine lange Betrachtung über die Schädlichkeit des Lohnabbaus für die Volkswirtschaft, ohne auch ein Wort zu sagen, was die Gewerkschaftsführer gegen den Lohnabbau zu tun gedenken. Wir können dieses Rätsel sehr einfach lösen: Die Gewerkschaftsführer werden diesen Lohnabbau genau so hinhnehmen, wie sie das bisher getan haben. Sie werden genau so wie bisher jeden Widerstand der Arbeiterchaft zu ersticken versuchen.

Der „Vorwärts“ macht in seiner gestrigen Abendausgabe in Entzückung über unsere Mitteilung: „Gewerkschaftsführer für Lohnabbau im Rangewerbe“. Dieses verlogene Blatt der deutschen Gewerkschaftsbürokratie wagt aber natürlich nicht, die Tatsache zu widerlegen, daß die Gewerkschaftsvertreter in der Berliner Schlichterkammer für den Lohnabbau an den Berliner Bauarbeitern gekündigt haben.

Für 55 000 Berliner Gemeindegewerkschaften sind die Tarife gekündigt, der Manteltarif ist für alle deutschen Gemeindegewerkschaften gekündigt worden. Ist es wahr, daß der Vorstand des Reichsverbandes kommunaler Arbeitgeberverbände von der SPD. maßgebend beeinflußt wird?

Auch in bezug auf die faktische Zerschlagung des Tarifvertrages haben die Gewerkschaftsführer ihre Bereitwilligkeit gezeigt. Die „Frankfurter Zeitung“ bringt einen Artikel über den bevorstehenden Lohnabbau, in dem es heißt:

„Was auch immer zunächst ankommt, ist eine stärkere Differenzierung der Lohnsätze entsprechend den individuellen Bedürfnissen. Ueber die Rolle der Gewerkschaften schreibt das Blatt: „Die Gewerkschaften werden sich in geeigneten Fällen weiteren Korrekturen vermutlich nicht verschließen. Dem Arbeiter geht heute die Arbeitsstätte über alles, und die Lohnhöhe fällt im Ver-

gleich zur Erhaltung der Arbeitsstätte im Ernstfalle nicht mehr in der früheren entscheidenden Weise ins Gewicht. Und man weiß ja, daß die Gewerkschaften sogar bei mancherlei angetasteten Abmachungen gelegentlich ein Auge zudrücken.“

Der „Krisenkongress“ hat die Aufgabe, das neue Verbrechen der Gewerkschaftsführer mit radikalen Phrasen über Arbeitsbeschaffung zu beschönigen. Die Arbeiter in den Gewerkschaften müssen diesen Betrug in den Versammlungen aufdecken.

Es ist unbedingt notwendig, in jedem Betrieb Vorbereitungen zur Kampfaufnahme gegen den beabsichtigten Lohnabbau zu treffen. Die Belegschaften müssen mobilisiert und aufgestellt werden.

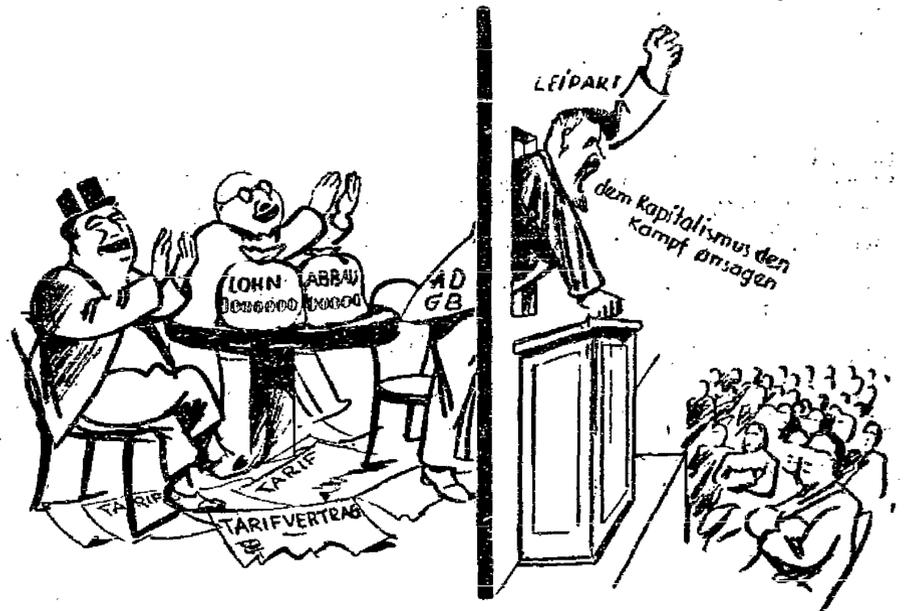
Die Oppositionsbewegung in den Gewerkschaften, die RGO, muß aufgebaut und gestärkt werden.

Betriebsweise, abteilungsweise, muß die Kampffront gegen Lohnabbau formiert werden. Antwortet auf jeden Versuch der Unternehmer, den Lohn abzubauen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, mit dem sofortigen Streik in Betrieb und Abteilung! Nehmt den Kampf betriebs- und abteilungsweise auf gegen die jeglichen Hungerlöhne!

Die Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten, die von neuem Lohnabbau bedroht sind, kommen morgen für Thälmann, für den Kandidaten des Kampfes gegen Lohnabbau.

Am 12. April Lohnabbauverhandlungen bei Stegerwald. — Am 13. April „Krisenkongress“-Theater in Berlin.

Gewerkschaftsmitglieder, entsendet Arbeiterdelegierte, die eure Meinung über dieses schamlose Betrugsmanöver der Gewerkschaftsbürokratie zum Ausdruck bringen!



Gewerkschafter rufen für Thälmannwahl

Gewerkschaftsmitglieder für Klassenkampf, Gewerkschaftsführer für Hindenburg!

Wittenberg, 7. April 1932. (Eig. Meldung.) In einer Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer, Zofstette Wittenberg, nahmen die Zimmerer Stellung zu den letzten bezirklichen Lohnabbauverhandlungen. Aufschärfte wurde die Vertreterpolitik der Verbandsbürokratie gebührend kritisiert. Einstimmig nahm die Mitgliederversammlung folgende Entschliessung an:

„Die Zimmerer-Mitgliederversammlung in Wittenberg spricht der Verbandsbürokratie aufs neue das schärfste Mißtrauen aus. Nicht Unterwerfung gegenüber dem Unternehmertum, sondern Kampf auf breiter Grundlage unter Führung der RGO, muß die Lösung sein. Wer den Kampf gegen den Lohnabbau will, kann auch am 10. April nicht dem Kandidaten der Verbandsbürokratie, Hindenburg, seine Stimme geben. Der Kandidat der Wittenberger Zimmerer ist der Kandidat der Armen, der Arbeiterkandidat Ernst Thälmann.“

Treuen (Sachsen), 7. April. Am 5. April fand in Treuen eine vom dortigen Vorstand des Textilarbeiterverbandes einberufene öffentliche Textilarbeiterversammlung statt. Die Verwaltungsstelle befindet sich in den Händen der SAP, die als Referenten den Renegaten Eschhorn aus Plauen herangezogen hatte.

In der Diskussion sprach mit verlängerter Redezeit der Vertreter des Bezirkskomitees der RGO, Landtagsabgeordneter Hugo Breitenborn. Genosse Breitenborn legte am Schluß seiner Aus-

führungen, von den Versammelten mit großem Beifall angenommen, eine Entschliessung vor, die zur Wahl Thälmanns und zur Schaffung der roten Einheitsfront im Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit auffordert.

Bei der Abstimmung über diese Entschliessung enthielt die SAP-Leitung ihr wahres Gesicht. Sie, die mit dem Munde für die Einheitsfront sind, die angeblich die Kandidatur Thälmann unterstützen, verweigerten die Abstimmung über die Entschliessung für die Thälmann-Kandidatur. Erst unter dem Druck der Versammlung gaben sie nach und stimmten ab, allerdings mit der Einschränkung, daß nicht die gesamte Versammlung, sondern die in der Versammlung befindlichen Mitglieder des DVB abstimmen durften. Die Entschliessung wurde von den freigewerkschaftlich organisierten DVB-Mitgliedern hierauf einstimmig angenommen.

Die Zofstette des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Riesa, deren Vorsitzender ein Mitglied der SPD. ist, hat ein großes Flugblatt herausgegeben, in dem zur Wahl des roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann aufgefordert wird. Der Hauptvorstand schnüffelt jetzt herum wer das Flugblatt geschrieben, wer es verteilt habe usw. und droht Massenarresten an.

Der sozialdemokratische Zofstettenvorsitzende hat darauf an den Hauptvorstand geantwortet: „Im § 2 des Statuts steht, der DVB sei eine Klassenkampforganisation, und wer auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes steht, könne seine Stimme nur dem Arbeiterkandidaten Thälmann geben.“

Bedingever schlechterungen bei der Reichsbahn

Beschärfung des Antreibersystems unter Mitwirkung der Gewerkschaftsbürokratie

Ab heute sollen bei den Arbeitern der Reichsbahn im Bezirk Berlin ungeheure Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse durchgeführt werden. Die Reichsbahnverwaltung hat sogenannte Antreibungsarten für einzelne Arbeiten festgelegt, in denen auf Grund der durchgeführten Stoppuhr-Aufnahmen jeder Arbeitsgang bis auf hundertstel Minuten auskalkuliert ist. Dabei sind die Zeiten, die dem Gebirgsauford zugrundegelegt werden, für einzelne Arbeiten bis auf ein Zehntel der Zeit herabgesetzt worden, die bisher für diese Arbeiten in Rechnung gestellt wurde. So ist beispielsweise für einen Arbeitsgang die berechnete Zeit von 34 auf 3,18 Minuten herabgesetzt worden.

Die Folge dieser Maßnahmen muß eine weitere maßlose Steigerung der Ausbeutung der Eisenbahner und im weiteren Gefolge neue Massenentlassungen sein. Und die Maßnahmen sind mit aktiver Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie durchgeführt worden; die bei den Stoppuhr-Aufnahmen mitgewirkt hat. Der Oberbauführer Goldammer erklärte bei einer Besprechung im Maschinenamt den Arbeitern: „Was wollen Sie denn dagegen tun, wo doch Hauptbetriebsrat und Tarifgewerkschaften diesem System zugestimmt haben?“

Dieselbe Gewerkschaftsbürokratie, die auf diese Weise den Weg für neue Massenentlassungen bereitet, wagt es, über angebliche Arbeitsbeschaffungspläne zu reden. In den Tarifverträgen können die Eisenbahner erkennen, was diese Phrasen, die auf dem „Krisenkongress“ am 13. April ihren Höhepunkt erreichen sollen, für Wert haben. Rote Betriebsräte wurden vor das Arbeits-

gericht geschleppt, weil sie die Mitwirkung bei den Zeitaufnahmen durch die Stoppuhr abgelehnt haben. Im Reichsbahnhaus-besserungswert Schönweide versuchte die Gewerkschaftsbürokratie bei der Belegschaft ein Mißtrauensvotum gegen die roten Betriebsräte durchzuführen, weil sie ebenfalls gegen dieses System kämpften. Sie sind allerdings bei der Belegschaft abgeblieben.

Die Eisenbahner müssen heute sofort auf allen Betriebsstellen zusammentreten, um den Kampf gegen die neuen Verschlechterungen und gegen die drohenden Massenentlassungen aufzunehmen. Sie dürfen sich nicht dadurch hessern lassen, daß Schritt für Schritt immer nur für einen Teil der Arbeiten diese Antreibungsarten ausgegeben werden. Die schrittweise Einführung erfolgt nur, um den einheitlichen Kampf aller Eisenbahner zu verhindern. Überall muß die rote Einheitsfront geschlossen, überall müssen Kampfausschüsse unter Führung der RGO gebildet werden, in die die kampfmittigsten Kollegen, gleich in welchen Verbänden sie organisiert sind, hineingewählt werden.

Bauarbeiter-Versammlungen

Heinrichsdorf: Roter Gewerkschaftsabend, 19 Uhr, Sozial Fecht-kamp, Hauptstraße.

WDR-Mitglieder im Bezirk Norden I: Heute, 14 Uhr, Mitgliederversammlung, einberufen von der Opposition des Bezirks Wedding, Sozial Gleiches, Kopenhagener Straße 74.

SPD, Bezirk 13: Heute, 14 Uhr, Mitgliederversammlung bei Buggert, Pankstraße 60.

Graphische Unternehmer warten auf Regierungshilfe

Die Verhandlungen über die Erneuerung des Manteltarifvertrages für das Buchdruckgewerbe sind bis zum 16. April vertagt worden, angeblich, weil die Pläne des Reichsarbeitsministeriums über die Neugestaltung des Tarifwesens noch nicht vorliegen. In Wirklichkeit will aber das Unternehmertum die Verhandlungen bis nach den Przewenzwahlen verschleppen, damit es seine Positionen verbessert.

In den Berliner Druckereien wird der Druck auf die über-tariflichen Löhne fortgesetzt. Auch in der Druckerei des „Vorwärts“ bietet die Geschäftsleitung den Rotationsdruckern nur 67,50 Mark und den Hilfsarbeitern nur ganz wenig über den Tarif. Die Beamten der graphischen Verbände unternehmen nichts gegen diesen sozialdemokratischen Lohnraub.

In der Firma Eisner, Berlin, wurden in den letzten Wochen Massenentlassungen durchgeführt und erneute Kündigungen vorgenommen. Trotzdem wurde von dem sozialdemokratischen Betriebsratsmitglied Malinowski am letzten Sonntag Extraparbeit genehmigt, und die anderen Betriebsratsmitglieder, die sich SAP-Leute nennen, handeln ebenso. In dieser Sonnagsarbeit wurden Hindenburgplakate hergestellt. SPD- und SAP-Betriebsräte sorgen gemeinsam dafür, daß die Hindenburgpropaganda läuft und befristet.

In den Unternehmerorganen der graphischen Industrie wird schon sehr offen über die am 30. April geplanten erneuten Lohnverträge gesprochen. Die Unternehmer erwarten, daß die Regierung in ihrem Sinne eingreift. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten der graphischen Verbände wünschen auch, daß die Regierung wieder einmal mit Notverordnungen arbeitet, um den Lohn und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Dann haben sie die Möglichkeit, der graphischen Arbeiterchaft zu erklären, daß „leider gegen staatliche Regelung nicht anzukämpfen sei“.

Täglich wird aufs neue bewiesen, daß es im kapitalistischen Staat keine amtliche Tarifgestaltung gibt, die im Interesse der Arbeiterchaft wirkt. Die graphische Arbeiterchaft muß sich auf ihre eigene Kraft besinnen und durch den Kampf für kollektive Arbeits- und Lohnbedingungen, die nur durch ihren Kräfteinsatz erreicht und gesichert werden können, ihre Interessen wahren.